

**Seite:** 15  
**Ressort:** Wirtschaft  
**Seitentitel:** Wirtschaft  
**Serientitel:** Leitartikel Wirtschaft  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Nummer:** 237  
**Auflage:** 204.021 (gedruckt)<sup>1</sup> 183.008 (verkauft)<sup>1</sup>  
 192.507 (verbreitet)<sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,963 (in Mio.)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> IVW 2/2020<sup>2</sup> AGMA ma 2020 Tageszeitungen

## Systembruch in der Pflege

### Spahn verschiebt die Unterfinanzierung in den Bundesetat - und auf künftige Generationen

Von Christian Geinitz

Die gesetzliche Pflegeversicherung ist 25 Jahre alt geworden, sie begeht ihren Geburtstag aber zurückhaltend. Das hat mit der Corona-Pandemie zu tun, die andere medizinische Themen in den Vordergrund rückt. Es liegt aber auch daran, dass vielen Akteuren nicht zum Feiern zumute ist. Dabei galt die "soziale Pflegeversicherung" lange als Erfolg. Paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt, trat sie 1995 als fünfte Säule neben die Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung.

Allerdings unterliegt die Pflege manchen Eigentümlichkeiten. So müssen Kinderlose 3,3 statt 3,05 Prozent aufbringen, wobei sich der Arbeitgeber an dem Zuschlag nicht beteiligt. Die Versicherung unterscheidet sich auch darin, dass sie noch nie einen Bundeszuschuss erhalten hat. Freilich sind diese goldenen Zeiten vorbei. Die Ausgaben steigen, während Berlin im Sinne der "Sozialgarantie" die Beiträge einfriert. Deshalb dürfte auch die Pflege 2021 erstmals alimentiert werden - mit rund 6 Milliarden Euro, wenn es nach Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) geht.

Die Finanzierung wurde schon mehrfach neu geschultert. Ursprünglich betrug der Beitragssatz 1,7 Prozent. Die damalige schwarz-gelbe Regierung entlastete die Arbeitgeber, indem sie den Feiertag Buß- und Betttag abschaffte. Der Gesamtsatz sollte konstant bleiben, mögliche Lücken hätten die Bürger durch Zusatzversicherungen abdecken sollen. Überhaupt - auch das ist ein Unterschied zu den älteren Systemen - waren die Pflegekassen nie als Vollversicherung gedacht. Es wurde und wird erwartet, dass Versicherte und Angehö-

rige zusätzlich in die Tasche greifen.

Längst ist der konstante Beitrag passé, inzwischen sind die Sätze fast doppelt so hoch wie einst festgeschrieben. Die Kosten steigen rasant, was den ausweiteten Leistungen und Personalausgaben geschuldet ist und der wachsenden Zahl an Pflegebedürftigen. In den Heimen nimmt konsequenterweise der Eigenanteil zu, also jener Betrag der Pflegekosten, für den die Kassen nicht aufkommen. Im Durchschnitt beläuft er sich auf 790 Euro im Monat. Hinzu kommen Verpflegung, Unterkunft und Investitionen, so dass sich die Eigenleistung auf mehr als 2000 Euro summiert. Die Unwucht ist längst bekannt, weshalb Spahn im ersten Halbjahr einen Reformvorschlag unterbreiten wollte. "Corona" machte einen Strich durch diese Rechnung. Nun aber hat der Minister doch noch einen Plan vorgelegt, von dem er hofft, dass daraus vor Ende der Legislaturperiode ein Gesetz wird. Die Eile liegt nicht nur an der unsicheren Finanzlage, sondern vor allem daran, dass die Pflege - die fast jeden Bürger im Familien- oder Freundeskreis trifft - ein Wahlkampfthema zu werden verspricht. Da will der ehrgeizige Spahn rechtzeitig der SPD und der Opposition den Wind aus den Segeln nehmen, indem er links an ihnen vorbeikreuzt: mit möglichst viel Umverteilung im Gepäck, die er "Solidarität" nennt. Dem CDU-Mann schwebt vor, den Eigenanteil in der stationären Pflege drei Jahre lang auf 700 Euro im Monat zu begrenzen. Er begründet die Deckelung mit der Mitmenschlichkeit der Gesellschaft gegenüber ihrem alternden Teil und mit der Notwendigkeit, die Kosten für die Pflegebedürftigen berechenbar zu halten. Weniger ausgeprägt ist sein Verantwortungsgefühl für den

Steuerzahler und für die jüngeren Generationen, denn dieser Teil der Reform dürfte 3 Milliarden Euro im Jahr an Steuer- oder Schuldengeld kosten.

Ebenfalls 3 Milliarden sind für die bessere Bezahlung von Pflegekräften vorgesehen. Für sie müssen die Heime künftig Tarifverträge abschließen, obwohl die Löhne angesichts der starken Nachfrage nach Mitarbeitern ohnehin deutlich steigen. Eine weitere Milliarde fließt in die ambulante Pflege, indem das Abrufen von Leistungen erleichtert wird.

All das trägt Spahn Beifall ein, weil es auf den ersten Blick allen gut- und niemandem wehtut. Tatsächlich aber verschiebt er - wie in der Krankenversicherung - das Problem der Unterfinanzierung und der ausufernden Kosten in den Bundeshaushalt und auf künftige Generationen. Hingegen geht er der Auseinandersetzung mit den Ländern aus dem Weg, die eigentlich für die Heiminvestitionen aufkommen müssten.

Vor allem aber markiert Spahns Vorschlag einen Systembruch. Es war ja gerade die neue Idee vor einem Vierteljahrhundert, die Kosten der Pflegeversicherung dadurch einzuhegen, dass die Risiken nur als "Teilkasko" abgesichert wurden: Ein flexibler Eigenanteil sorgt seither für Preis- und Qualitätsbewusstsein, wer Reserven hat, der soll sie anzapfen, wer bedürftig ist, für den springt die Sozialhilfe ein. Eine Folge der geplanten Reform könnten steigende Preise und eine sinkende Leistungsgüte sein. Das dürfte keineswegs dem "gesamtgemeinschaftlichen" Interesse entsprechen, an dem Spahn angeblich so viel liegt.

**Ganzseiten-PDF:** F2010121.015.PDF  
**Wörter:** 694

© 2020 PMG Presse-Monitor GmbH